

## **ÜBERLEGUNGEN ZUR DEUTSCHEN BESATZUNGSHERRSCHAFT IN OSTEUROPA 1941-1944: DAS BEISPIEL LITAUEN**

Die Erforschung der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges hat in den letzten Jahren noch einmal neu eingesetzt. Die grundlegende Fragestellung für eine ganze Reihe von Arbeiten jüngerer deutscher Historiker lautet: Wie verliefen die historischen Prozesse, die dazu geführt haben, daß so viele Menschen die deutsche Besatzungsherrschaft nicht überlebt haben? Im Vordergrund stehen dabei Fragen nach den Hintergründen, Strukturen und Motiven der Ermordung der europäischen Juden, die vor allem im deutsch besetzten Osteuropa geschah. Aber auch die Frage nach den Gründen für die hohen Todeszahlen anderer Opfergruppen, etwa den sowjetischen Kriegsgefangenen oder der zivilen Bevölkerung, spielt eine wichtige Rolle.

Je zwei Arbeiten zu Serbien, Galizien und Weißrußland sind abgeschlossen, Forschungen zu Polen und dem Süden der besetzten Sowjetunion sind weit fortgeschritten und ich untersuche die deutsche Besatzungspolitik in Litauen.<sup>1</sup> Zwei große Quellengruppen, die bisher

---

<sup>1</sup> Zu Serbien vgl. Christopher Browning, *Fateful Months*, New York, London 1985, S. 39-56, Walter Manoschek, "Serbien ist judenfrei", München 1993; zu Galizien vgl. Thomas Sandkühler, "Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiative von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996; Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996; zu Weißrußland vgl. Christian Gerlach, *Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-44*, Diss. Berlin 1997 (im Erscheinen), und die Dissertation von Bernhard Chiari aus Frankfurt a.M. (im Erscheinen); zu Polen vgl. Dieter Pohl, *Von der "Judenpolitik" zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944*, Frankfurt a.M. 1993 und Götz Aly, "Endlösung". *Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1995 sowie die im Entstehen begriffenen Arbeiten von Michael Alberti, Stuttgart, und Peter Klein, Berlin, zum sogenannten Warthegau im annektierten Westpolen und Bogdan Musial, Hannover,

nur marginal für die historiographische Rekonstruktion und Analyse der Besatzungspolitik genutzt wurden, bilden den Grundstock dieser Arbeiten. Wurden bisher vor allem die Dokumente der Nürnberger Prozesse und der nationalsozialistischen Berliner Verwaltungsstellen ausgewertet, so stehen neben diesen - natürlich weiterhin heranzuziehenden und kaum zu überschätzenden Quellen - nun erstmals die sehr umfangreichen Bestände in Osteuropa selber zur Durchsicht zur Verfügung. Darüber hinaus werden seit einiger Zeit zunehmend die zahlreichen Materialien, die in den Ermittlungs- und Gerichtsverfahren von deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten im Zusammenhang mit Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen zusammengestellt wurden, für die historische Forschung genutzt. Dadurch können einige der Fragen, denen mit Hilfe des zeitgenössischen Quellenmaterials nicht nachgegangen werden kann, bearbeitet werden.

Obwohl diese Forschungen sich im Einzelnen vom Ansatz her und in der Durchführung in vielem unterscheiden, lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten feststellen, die das lange dominante Bild deutscher Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa in wesentlichen Aspekten verändern. Im folgenden möchte ich einige dieser Aspekte herausgreifen und am Beispiel der deutschen Politik in Litauen illustrieren, wobei der Vergleich mit anderen besetzten Regionen Osteuropas im Blick bleibt, um Kontraste und Parallelen zu erkennen. Zunächst gebe ich einen kurzen Überblick über die deutsche antijüdische Politik und Ermordung der Juden in Litauen. Dabei beschränke ich mich hier darauf, das Geschehen aus der deutschen Perspektive zu skizzieren, um so Fragen nach den Strukturen und der Verantwortung für die deutsche Politik nachzugehen.<sup>2</sup>

---

zur Zivilverwaltung im sogenannten Generalgouvernement; Zum Süden der besetzten Sowjetunion vgl. die im Entstehen begriffene Dissertation von Andrej Angrick, Berlin, zur Einsatzgruppe D.

<sup>2</sup> In meiner Untersuchung zur deutschen Besatzungspolitik in Litauen konzentriere ich mich nicht auf die Perspektive der deutschen Entscheidungsträger, sondern versuche auch, die litauische und jüdische Perspektive jeweils miteinzubeziehen.

## *1. Die antijüdische Politik*

Im Juni 1941 wurde Litauen durch die Heeresgruppe Nord erobert und besetzt. Bereits bis November 1941 hatten deutsche und litauische Polizeieinheiten einen großen Teil der litauischen Juden in hunderten von Massakern mit unvorstellbarer Brutalität erschlagen und erschossen. In keinem anderen vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Land entschlossen sich die deutschen Entscheidungsträger so schnell und so weitgehend, die Juden zu ermorden.<sup>3</sup> Die Vernichtung eines großen Teils der Juden im Baltikum war der Auftakt zur Ermordung der Juden in der Sowjetunion.

Das mörderische deutsche Vorgehen gegen die Juden in Litauen läßt sich in zwei Phasen einteilen. In den ersten sieben Wochen deutscher Besatzungsherrschaft wurden etwa 12.000 Kommunisten und jüdische Männer ermordet. Jüdische Frauen und Kinder wurden in der Regel von den Erschießungen ausgenommen. In diese Zeit fallen die antijüdischen Pogrome von Deutschen und Litauern gegen die Juden, die vor allem durch die große und äußerst brutale Jagd auf Juden in Kaunas in den zwei Nächten vom 25. bis 27. Juni berühmt-berüchtigt geworden sind.<sup>4</sup> In Vilnius gelang es aber der deutschen Sicherheitspolizei nicht, ein Pogrom zu initiieren und statt dessen wurden Massenhaftungen unter deutscher Führung vorgenommen.

In vielen Orten in den ländlichen Gebieten in Litauen fanden in den ersten Wochen der Besatzung ebenfalls systematische Verhaftungen, die mit Listen vorbereitet waren, von Kommunisten und jüdischen Männern statt, von denen kurz darauf sehr viele erschossen wurden. Die überlebenden Frauen und Kinder wurden häufig an einem Ort am Rande des Dorfes oder des Städtchens isoliert, in eine Scheune ge-

---

<sup>3</sup> Einen Überblick zur Ermordung der litauischen Juden bietet Yizhak Arad, *The "Final Solution" in Lithuania in the Light of German Documentation*. In: *Yad Vashem Studies* 11 (1976), S. 234-272.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Ernst Klee, Willi Dreßen, Volker Rieß, (Hg.), *"Schöne Zeiten"*. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt a.M. 1988, S. 31 -44.

sperrt, in einer Synagoge festgehalten, oder auch in irgendwelche Baracken gesteckt.

Im August 1941 begann eine neue Phase. Die bereits Ende Juli 1941 eingesetzte deutsche Zivilverwaltung ging in enger Kooperation mit der Polizei, den Arbeitsämtern und den militärischen Wirtschaftsinstanzen zu einer Politik der Ermordung nahezu der gesamten jüdischen Bevölkerung - Männer, Frauen, Kinder - in den ländlichen Gebieten über. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die gesamte jüdische Bevölkerung - ungefähr 75.000 Menschen - in zahllosen brutalen Massakern erschlagen, hingemetzelt und erschossen. In den größeren Städten Litauens wurde ab August 1941 die jüdische Bevölkerung riesigen Selektionen unterworfen, denen Zehntausende Juden zum Opfer fielen. In Kaunas etwa wurden bis November 1941 ungefähr die Hälfte und in Vilnius fast zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung ermordet. Etwa 45 - 50.000 Juden wurden in Ghettos eingesperrt, wo sie für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten sollten. Innerhalb weniger Monate brachten deutsche und litauische Polizisten etwa 130.000 Juden ums Leben. Die litauische Polizei war von der deutschen Besatzungsverwaltung in den ersten Tagen des Krieges eingesetzt worden und stand unter deutscher Kontrolle.

Ende November 1941 wurden in Litauen die Massenmorde an litauischen Juden zunächst gestoppt. Das Ermorden von Kriegsgefangenen (über 200.000 starben durch Hunger, Krankheiten, Erfrierungen und Erschießungen insgesamt in den Lagern in Litauen), aus dem Westen deportierter Juden (etwa 5.000 Juden aus Berlin, München, Frankfurt am Main, Wien und Breslau) und Flüchtlingen (mindestens 70.000 Flüchtlinge und Zwangsvertriebene aus den weiter östlich gelegenen Frontgebieten 1943/44 fanden in den Lagern den Tod) ging jedoch weiter. Gegen die litauischen Juden, die nun in Ghettos leben mußten, waren aber immer wieder kleinere "Aktionen" gerichtet, die sich gegen vermeintlich arbeitsunfähig gewordene oder gegen potentielle oder tatsächliche Widerständler richteten und dabei teilweise große Ausmaße annahmen wie infolge der Selektionen bei der Zerstörung der sogenannten Landghettos im Frühjahr 1943 im Südosten Litauens oder der Zerstörung des Ghettos in Vilnius im Herbst 1943.

Als die SS die Lager und Ghettos im Herbst und Winter 1943/44 von der politischen Zivilverwaltung übernommen und sie in Konzentrationslager umgewandelt hatte, kam es noch einmal zu einer das ganze Land erfassenden Menschenjagd, die sich vor allem gegen jüdische Kinder und Alte richtete. Den deutschen Rückzug aus Litauen und die anschließende Odyssee durch Lager wie Stutthof und Dachau überlebten nur ca. 8.000 litauische Juden. Insgesamt waren über 200.000 litauische Juden ermordet worden.

Die deutsche antijüdische Politik in Litauen war also nicht einheitlich und unterlag auch im Zeitablauf gravierenden Veränderungen. In den Städten gingen die Deutschen anders vor als auf dem Lande und zwischen den Städten wie Kaunas und Vilnius gab es auch wichtige Nuancen. Ein Vergleich mit anderen besetzten Regionen wie Galizien oder Weißrußland zeigt, daß dort ebenfalls zu Beginn vor allem Kommunisten und jüdische Männer dem deutschen Terror zum Opfer fielen, während die Ermordung sogenannter arbeitsunfähiger Juden, die auch Frauen und Kinder einschloß, erst im Oktober 1941 begann, bis auf einige Sonderfälle, die ihre Ursachen im lokalen Rahmen hatten, wie etwa die umfassenden Morde in den westlichen Pripjetsümpfen Weißrußlands seit Ende Juli 1941. In denjenigen Gebieten, die bis 1939 nicht unter sowjetischer Kontrolle standen, setzten die Versuche, die jüdische Bevölkerung möglichst vollständig umzubringen, erst 1942 ein. Waren Ende 1941 in Litauen bereits ca. 80% der Juden ermordet, lebten zum Beispiel in Galizien noch über 90% der jüdischen Bevölkerung, über 460.000 Juden. Diese Regionen wiederum sind zu unterscheiden von der mörderischen Politik in den sogenannten altsovjetschen Gebieten, in denen - wie zum Beispiel im östlichen Weißrußland, das unter Militärverwaltung blieb - die Juden bis zum Jahresende 1941 fast vollständig ermordet wurden. Als die Morde außerhalb des Baltikums ausgeweitet wurden, hielt dort die Phase der "relativen Stabilität" hinsichtlich der jüdischen Ghettos aus wirtschaftlichen Gründen an. Während in Litauen sehr schnell die Juden ghettoisiert worden waren, gab es etwa Anfang 1942 in Galizien erst zwei geschlossene Ghettos, nämlich in Tarnopol und in Stanislaw. Die Praxis

der antijüdischen Politik war somit sehr differenziert.<sup>5</sup> Festzuhalten ist an dieser Stelle, daß offensichtlich der Einfluß der regionalen Politik sehr viel größer war als bislang angenommen und der lange unterstellte "Master-Plan" der antijüdischen Politik entpuppt sich als eine aus unterschiedlichen Motiven heraus - im Nachhinein konstruierte Sichtweise, die dem tatsächlichen Prozeß, der zur Ermordung der Juden in Osteuropa führte, wohl nicht angemessen ist. Entgegen der Annahme von einer Art "Generalplanung" für die Ermordung der Juden seitens der Zentralinstanzen in Berlin, die von gehorsamen, fanatisierten Untergebenen in einem einzigen gigantischen Blutausch durchgeführt worden sei, zeichnet sich ab, daß die in der Praxis feststellbaren regionalen Strukturen des Massenmords darauf hinweisen, daß es sich um regionale Mordkampagnen gehandelt hat, deren Entstehungszusammenhang jeweils zu rekonstruieren ist.<sup>6</sup> Für die Analyse der Hintergründe der Morde bedeutet diese Überlegung, daß die Frage nach den Motiven und den Verantwortlichen dann jedesmal neu zu stellen wäre und nicht mit einem Mal und vor allem nicht in einfacher Weise beantwortet werden kann. Ohne Zweifel gab es wiederholt und von verschiedener Seite aus Versuche, die antijüdische Politik zu koordinieren und in ein geschlossenes Konzept zu fassen<sup>7</sup>, aber entscheidend ist in diesem Zusammenhang, daß in der Praxis die Vorgaben aus dem Zentrum in Berlin entweder scheiterten oder erheblich modifiziert wurden. Die regionalen Entscheidungsträger hatten erheblichen Handlungsspielraum und entwickelten häufig Initiativen, versuchten also ihrerseits die Politik in Berlin zu beeinflussen, auch in

---

<sup>5</sup> Vgl. Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1997), S. 1-48.

<sup>6</sup> Mit dieser Herangehensweise ist die Arbeit von Christian Gerlach, Wirtschafts- und Vernichtungspolitik, richtungweisend.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Aly, "Endlösung" und vor allem Christian Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzenentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden. In: Werkstatt Geschichte 18 (1997), S. 7-44.

Fragen des Massenmordes.<sup>8</sup> Das Verhältnis zwischen den zentralen Ministerien in Berlin und den Organisationen vor Ort ist nicht als einseitiges Verhältnis zu beschreiben. Es handelt sich in größerem Maße als angenommen um ein wechselseitiges Spannungsfeld.

Der zweite Aspekt, den ich hervorheben möchte, ist die Breite der Verantwortlichkeit für die antijüdische Politik auf den verschiedenen Ebenen der Hierarchie. Ist eben schon angedeutet worden, daß die Initiative der regionalen Instanzen für die Praxis der antijüdischen Politik eine ausschlaggebende Rolle spielte, so zeichnet sich in der Forschung ab, daß auch hinsichtlich der beteiligten Organisationen es mitnichten nur die SS- und die Polizeinstanzen waren, die direkt und verantwortlich in die mörderische Praxis involviert waren. Nahezu alle übrigen deutschen Instanzen waren - in unterschiedlichem Grade - in diese Politik verwickelt und hatten erhebliche Handlungsspielräume. Besonders hervorzuheben sind hier die Zivilverwaltungen einschließlich der Arbeits- und Wirtschaftsorganisationen. Auch in Litauen geschah der zur Vernichtung der gesamten litauischen Juden führende Schritt im August 1941 erst, nachdem die deutsche Zivilverwaltung Ende Juli 1941 offiziell die Herrschaft in Litauen übernommen hatte. Bezeichnend ist dabei, daß die Beamten sich nicht scheuten, den Mordkommandos der SS entgegenzutreten, wenn ihre Interessen nicht berücksichtigt schienen - und sie setzten sich eben auch durch. Mit Hilfe der zeitgenössischen Akten sind einige dieser Konflikte rekonstruierbar. Mancherlei Kritik seitens der Zivilverwaltung bezog sich auf die Art und Weise der Morde, die andere Ziele deutscher Besatzungspolitik wie zum Beispiel das Vermeiden von Unruhe in der auszubeutenden Bevölkerung konterkarierten. Die Auseinandersetzungen drehten sich jedoch in erster Linie um die Frage der jüdischen Fach- und Hilfsarbeiter. Das heißt, um die Frage der Ermordung der jüdischen Frauen und Kinder gab es keine Konflikte mit den Kommandos des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, denn

---

<sup>8</sup> Vgl. auch Ian Kershaw, *Improvised Genocide? The Emergence of the "Final Solution" in the "Warthegau"*. In: *Transactions of the Royal Historical Society 6th Series 2* (1992), S. 51-78.

darin war man sich einig: die Morde an Kommunisten und der jüdischen Bevölkerung wurden zwischen der politischen Verwaltung, dem Arbeitsamt, den Wirtschaftsstellen der Wehrmacht und den SS-Einsatzkommandos diskutiert, häufig modifiziert und dann vereinbart. Im folgenden möchte ich das Gemeinte an dem Beispiel des Geschehens in Šiauliai (dt.Schaulen) verdeutlichen.<sup>9</sup> In dieser Stadt im Nordwesten Litauens waren von den insgesamt 30.000 Einwohnern etwa 7-8.000 Juden. Nach der Besetzung der Stadt durch die Deutschen am 26. Juni 1941 wurden dort in den ersten Wochen 730 Männer verhaftet, darunter viele Juden. Im Laufe von sechs Wochen wurden 115 von ihnen nach wiederholten Befragungen als Facharbeiter wieder freigelassen und ca. 600 erschossen. Schon in den letzten Juni-Tagen hatten in Šiauliai Vertreter des Wirtschaftsstabes Ost zusammen mit den Wirtschaftsfachleuten der Wehrmacht durchgesetzt, daß das Sonderkommando Ia und das Einsatzkommando 2 die jüdischen Facharbeiter zunächst von der Ermordung jüdischer Männer ausgenommen wurden, damit die dortigen Lederfabriken weiter produzieren konnten. Der Prozeß der Ghettoisierung, der in Šiauliai - wie auch in Vilnius im Unterschied zu Kaunas - mit Selektionen einherging, wurde präzise von einem ermittelnden Staatsanwalt beschrieben: Es war "der Auswahl Gesichtspunkt maßgebend, daß die Juden zu verschonen seien, die für die vielfältige Industrie in Šiauliai und andere kriegerische Aufgaben noch gewisse Zeit (bis zur geplanten, aber nicht mehr verwirklichten Ablösung durch nichtjüdische Arbeitskräfte) benötigt wurden. In die Selektionen waren die inzwischen installierte Zivilverwaltung, besonders Arbeitsämter und die litauische Eigenverwaltung eingeschaltet. Die SS brauchte sich darum nicht im einzelnen zu kümmern".

Fast 5.000 Juden wurden ghettoisiert und 800 - 1.000 Juden in mehreren "Aktionen" erschossen, nachdem sie vorher durch eine Kommission - der zwei Angehörige des deutschen Arbeitsamtes angehörten -

---

<sup>9</sup> Die Rekonstruktion der Ereignisse beruht auf den Akten des Verfahrens der Staatsanwaltschaft Lübeck gegen den Gebietskommissar Hans Gewecke, die im Landesarchiv Schleswig archiviert sind, Abt. 352 Lübeck, Nr. 1662-1727.



zu "unnützen" Juden erklärt worden waren. Die an den Morden in Šiauliai direkt beteiligten Einheiten waren vom Einsatzkommando 2 und litauischen Gehilfen, ein Zug des 11. Polizeireservebataillons, die dritte Kompanie des Polizeibataillons 65, Teile des Landeschützenbataillons 307, das die Kriegsgefangenen bewachte und auch Einheiten des Reichsarbeitsdienstes, die sich freiwillig gemeldet hatten. Das Einsatzkommando 3, das eigentlich für ganz Litauen zuständig sein sollte, wollte kurz darauf im September 1941 sämtliche Juden in Šiauliai ohne wirtschaftliche Rücksichten umbringen. Joachim Hamann, der Leiter eines berüchtigten Mordkommandos vom Einsatzkommando 3, beschimpfte die örtlichen Vertreter der Sicherheitspolizei vom Einsatzkommando 2, nannte den dortigen Zustand einen "Sautstall", mußte jedoch vor Hans Gewecke, dem Gebietskommissar von Šiauliai, zurückstecken. Gewecke berichtete kurz darauf an den Generalkommissar Adrian von Renteln, daß von elf Landkreisen zehn schon nahezu "judenfrei" seien, in Šiauliai müßten jedoch von anfänglich ca. 6.000 Juden etwa 4.000 Juden übrig bleiben, "die als Spezialarbeiter gebraucht werden". Gewecke wies die Fabrikleitungen in Šiauliai an, im Laufe der Zeit alle jüdischen Facharbeiter durch litauische zu ersetzen. De facto allerdings stieg die Zahl der jüdischen Arbeiter z. B. in den Lederfabriken von Šiauliai von knapp 400 im Sommer 1941 auf 760 im Herbst 1943, die dann insgesamt 2.000 Arbeiter umfaßten.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Zivil- und Wirtschaftsverwaltungen sich gegen die Sicherheitspolizei durchsetzen konnten, was letztere selbst konstatierte. Im März 1942, nachdem das Einsatzkommando 2 längst durch eine Außenstelle des Einsatzkommandos 3 abgelöst war, schrieb der neue Leiter der Außenstelle der Sicherheitspolizei in Šiauliai, Franz Xaver Kriechbaum, an Karl Jäger, den Kommandeur der Sicherheitspolizei in Kaunas, daß sich die vorherigen Beamten des Einsatzkommandos 2 "voll und ganz dem Gebietskommissar" untergeordnet hätten. Deswegen habe er, Kriechbaum, große Schwierigkeiten, sich durchzusetzen. Gewecke selbst sprach in der Sitzung des

Schwurgerichtes in Lübeck am 9. Mai 1969 davon, daß ihm der Sicherheitsdienst erst Mitte 1942 über "den Kopf gewachsen" sei<sup>10</sup>.

Darüber hinaus ist für die Frage nach den Hintergründen der Mordpolitik bemerkenswert, daß sich innerhalb kurzer Zeit die Zusammensetzung der Opfergruppe verändert hat. Richtete sich zuerst die deutsche Vernichtungsabsicht vor allem gegen wehrfähige jüdische Männer und alle diejenigen, die irgendwie der Sympathie mit dem Kommunismus verdächtigt wurden, war die Situation ab August 1941 dergestalt, daß genau die Gruppe, die eben noch dem sicheren Tod geweiht war, nun erst einmal noch arbeiten sollte für die deutsche Kriegswirtschaft: eben die Männer in arbeitsfähigem Alter. Von Anfang an bereits wurden - der deutschen Intention nach - zunächst unersetzliche jüdische Facharbeiter von den Morden ausgenommen. Diese Gruppe wurde dann jedoch erweitert um alle diejenigen, die auch zu Hilfstätigkeiten in der Lage waren. Das zeigt zum Beispiel die Einrichtung von verschiedenen Ghettoteilen für Facharbeiter und Hilfsarbeiter in Vilnius.<sup>11</sup> Der Hintergrund hierfür war, daß gleichzeitig die sowjetischen Kriegsgefangenen, die eigentlich für die zahlreich anfallenden Hilfsarbeiten vorgesehen waren, infolge ernährungspolitischer Entscheidungen der deutschen Besatzungsmacht, in Massen an Hunger, Krankheiten und Schwäche starben. An ihrer Stelle sollten nun Juden die Arbeiten verrichten, bis auch sie nicht mehr benötigt würden. Ab Spätsommer 1941 sollten im Baltikum alle diejenigen jüdischen Männer, Frauen und Kinder, die in den Augen der deutschen Besatzungsverwaltung nicht genügend "arbeitsfähig" waren, umgebracht werden, da sie gleichsam "nutzlos" schienen und damit angeblich die knappen Ressourcen belasteten. Dieser Zusammenhang

---

<sup>10</sup> Ebd., Nr. 1686, B1.31.

<sup>11</sup> Siehe zum Beispiel die Anweisung von Franz Murer, dem deutschen Verantwortlichen für das Ghetto in Vilnius, am 15.10.1941 an den litauischen "Judenreferenten", Buragas über die "Trennung der jüdischen Facharbeiter von den Hilfsarbeitern im Ghetto". Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg, UdSSR Ordner 245 Ag, Bl. 26.

ist ein Hinweis darauf, daß sich die konkreten kurzfristigen Ziele der deutschen Politik in diesem Zeitraum verändert haben.

Es finden sich also bislang keinerlei Hinweise darauf, daß die Zivilverwaltung sich in irgendeiner Weise gegen die Ermordung der jüdischen Frauen und Kinder ausgesprochen hätte. Im Gegenteil: es gibt zahlreiche Indizien, daß die deutsche Verwaltung in Litauen darauf gedrängt hat, die Juden als "unnütze Esser", als "Seuchenherd" und als "Bedrohung der deutschen Sicherheit" zu ermorden.<sup>12</sup> Der für das NS-Regime unerwartet schlecht verlaufende Krieg gegen die Sowjetunion hatte die Nachschub- und Versorgungslage zu einem kriegsentscheidenden Faktor gemacht und im Laufe des Juli und der ersten Augushälfte 1941 stiegen die Lieferanforderungen an das nun zum "Hinterland der Front" gewordene Litauen ungeheuer stark an.<sup>13</sup> Da sich alle Instanzen - sei es die SS- und Polizeiorgane, die Zivilverwaltung oder die Wehrmacht - darüber einig waren, daß die Juden aus dem deutsch beherrschten Europa "verschwinden" sollten<sup>14</sup>, wurde diese unerwartet eingetretene kriegswirtschaftliche und militärische Krise auf Kosten derjenigen vermeintlich "gemildert", denen ohnehin aus rassistischen Gründen das Recht zu leben verweigert werden sollte - der jüdischen Bevölkerung. Im Sommer 1941 veränderte sich - aus der Perspektive der deutschen Entscheidungsträger - in bedrohlicher Weise die Kriegslage und verursachte auch die angesprochene Veränderung der jüdischen Opfergruppe.

---

<sup>12</sup> Vgl. zum Beispiel die ausführlichen Aussagen in Band 10 der Akten des Verfahrens gegen den Polizeichef von Memel, Bernhard Fischer-Schweder u.a., Staatsarchiv Ludwigsburg EL 322 sowie die Anklageschrift, ebd., Bd. 13, Bl. 3468 und Bl. 3484.

<sup>13</sup> Vgl. dazu ausführlich Christoph Dieckmann, Der Krieg und die Ermordung der litauischen Juden. In: Ulrich Herbert, Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Perspektiven, Frankfurt a.M. 1998, S. 294-331 (im Druck).

<sup>14</sup> So die Formulierung des Reichskommissars für das Ostland, Hinrich Lohse, am 1. August 1941. Protokoll vom 5.8.1941 der Besprechung über die politische und wirtschaftliche Lage im Ostland in der Sitzung bei Reichsminister Rosenberg am 1. August 1941, Bundesarchiv (BA) R 6/300.

Entgegen der Entlastungsstrategie, die von deutschen Zivilbeamten nach dem Krieg in zahlreichen Aussagen und Erinnerungsberichten versucht wurde, nämlich daß die Zivilverwaltung gegen die übermächtige SS ohnmächtig gewesen sei und ohnehin eine "vernünftige" Politik versucht habe, zeichnet sich vielmehr ein anderes Bild ab. Wenn zum Beispiel Dr. Werner Essen, der bis zum 2. Oktober 1941 Leiter der Abteilung Politik im Generalkommissariat Litauen war, bevor er ins Reichskommissariat nach Riga wechselte, 1957 an die gegen Hans Gewecke ermittelnde Staatsanwalt schrieb, Himmler sei allein für die Ermordung der litauischen Juden verantwortlich gewesen und die Zivilverwaltung habe dieses "mit Abscheu" gesehen, dann widerspricht dies den Fakten. Essen behauptete, die "Liquidierung der Juden in Litauen ging im Wesentlichen bereits in der kurzen Zeit zwischen Einmarsch und Beginn der Zivilverwaltung (22.7.) vor sich, z.T. mit Hilfe litauischer Kräfte."<sup>15</sup> Wie oben erläutert, weitete sich die Politik des Mordens erst nach der Ankunft der Zivilverwaltung aus und zwar mit ihrer Zustimmung.

Richtet man erneut den vergleichenden Blick auf die anderen besetzten Gebiete in Osteuropa, zeigt sich, daß dort ebenfalls die enge Kooperation der verschiedenen Besatzungsinstanzen die Regel ist, was Auseinandersetzungen in Einzelfragen in keiner Weise ausschließt. Aus den Konflikten zu schlußfolgern, daß in den Besatzungsregimen das permanente Chaos geherrscht habe<sup>16</sup>, trifft jedoch ebenso wenig zu, wie die entsprechende und leicht zu durchschauende Schutzbehauptung, daß sogenannte Reichsdeutsche in der nationalsozialistischen Diktatur keine andere Wahl gehabt hätten, als permanent strikten Befehlen zu gehorchen. Letzteres hat bekanntermaßen in den

---

<sup>15</sup> Notizen für die Staatsanwaltschaft, 20.4.1957. Essen war zuvor informatorisch in Bonn vernommen worden, wo er als Ministerialrat im Vertriebenenministerium arbeitete. Verfahren gegen Gewecke, Nr. 1662, Bl, 80.

<sup>16</sup> In verschiedenen Schriften von Hans Umbreit ist dies immer wieder zu lesen. Vgl. zum Beispiel Hans Umbreit, Strukturen deutscher Besatzungspolitik in der Anfangsphase des deutsch-sowjetischen Krieges. In: Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum "Unternehmen Barbarossa". Hg. von Bernd Wegner, München 1991, S. 237-251.

Gerichtsverfahren nach dem Krieg eine große Rolle gespielt, da ein vermeintlicher Befehlsnotstand die Schuld der Angeklagten mildern sollte. Dieses ist schon lange als nützliche Verteidigungsstrategie vor Gericht entschlüsselt.<sup>17</sup>

Dieter Pohl hat in seiner Untersuchung über Galizien die deutsche Herrschaftsstruktur dahingehend zusammengefaßt, daß die "projektgebundene Zusammenarbeit aller Institutionen" eine der notwendigen Voraussetzungen für die mörderische Politik in Galizien war.<sup>18</sup> In Galizien hat dies sogar 1942 einen geregelten institutionellen Ausdruck darin gefunden, daß sogenannte Aussiedlungskommissionen, die aus SS und Zivilverwaltung zusammengesetzt waren, darüber entschieden, wer sofort zu ermorden sei und wer noch Zwangsarbeit leisten sollte. Auch Sandkühler konstatierte, daß ein "Gegensatz zwischen zivilen Instanzen und SS [...] nur insoweit zum Tragen [kam], als die Durchführung der Massenmorde vor Ort Widerwillen hervorrief."<sup>19</sup> Er formulierte anschließend lakonisch: "Die Antwort war das Giftgas", das fortan im an der Grenze Galiziens gelegenen Belzec zur Ermordung der galizischen Juden eingesetzt wurde. Die Konflikte zwischen den verschiedenen Organisationen hatten somit häufig die furchtbare Folge, daß sich die Politik noch weiter radikalisierte - und nicht etwa lähmte. Diese Überlegungen verweisen ebenso auf den hohen Konsens, der innerhalb der deutschen Besatzungsverwaltungen hinsichtlich der rassistischen und wirtschaftlichen Ziele herrschte, wie auf wichtige Aspekte der mörderischen Dynamik deutscher Besatzungsherrschaft.

Dieser Konsens hatte die Hemmschwellen gegenüber einer zunehmend radikalen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik bereits in der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion stark sinken lassen. Im Sommer 1941 eskalierte die Bereitschaft zu massenmörderischer Politik noch einmal in gravierender Weise, als sich für die nationalso-

---

<sup>17</sup> Hans Buchheim, *Befehl und Gehorsam*. In: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1, (5. Aufl.) München 1989, 1. Aufl. 1967, S. 215-318.

<sup>18</sup> Pohl, *Judenverfolgung*, S. 402.

<sup>19</sup> Sandkühler, "Endlösung", S. 415.

zialistischen Akteure bedrohlicherweise abzeichnete, daß der Krieg nicht in der erwarteten und für unbedingt notwendig erachteten Schnelligkeit gewonnen werden konnte. Von daher wird plausibel, daß der zentrale Bezugspunkt der Wahrnehmung, des Denkens und des Handelns der deutschen Entscheidungsträger in diesem Zeitraum die Kriegführung gegen die Sowjetunion war. Von diesem Krieg hing - und das war allen Beteiligten klar - das gesamte Schicksal des NS-Regimes ab. Ein enormer Zeit- und Handlungsdruck entwickelte sich. Die rassistische Disposition vieler deutscher Akteure in ideologischer Hinsicht und die hochbrisante Lage der Kriegführung trugen wohl in starkem Maße dazu bei, daß die deutschen Verantwortlichen sich zu meist - unter großem Handlungsdruck stehend - auf eine Politik einigten, die schrecklicher Weise umgesetzt werden konnte. Zumindest bis Ende 1942 spielte der nach dem Krieg so häufig behauptete Gegensatz von dogmatisch ideologischer Politik gegen die einheimischen Bevölkerungen auf der einen Seite und angeblich pragmatisch orientierter Politik auf der anderen Seite kaum eine wesentliche Rolle. Erst als sich abzeichnete, daß auch eine bis zum letzten radikalisierte *Politik* das Scheitern der deutschen Kriegführung nicht *verhindern* kann, zeigten sich deutliche Risse zwischen den Akteuren, die verschiedene taktische Konzepte der deutschen Herrschaft in der Sowjetunion propagierten. Der ausbleibende Erfolg, der jahrelang die nur zu häufig begeisterte Mitwirkung an nationalsozialistischer Politik legitimiert hatte, gefährdete allmählich auch die Integration innerhalb der deutschen Führungsschichten. Allerdings führte die drohende Niederlage bei vielen auch zur weiteren Verhärtung ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung. Zum Beispiel beim Stadtkommissar von Kaunas, Hans Cramer, der in einem Brief am 26. Mai 1944 - kurz vor der Vertreibung der Zivilverwaltung *aus* Kaunas durch die Rote Armee - an einen Freund in München schrieb, man habe in den letzten Jahren den Litauern "zuviel Verantwortung" bei der Verwaltung des Landes überlassen. Man dürfe nicht vergessen, "daß wir es hier nicht mit einer Bevölkerung zu tun haben, der Disziplin, Unterordnung, Gemeinschaftsbewußtsein und Zivilcourage angeboren sind, sondern mit einer

Species von Menschen, die ich zu charakterisieren pflege mit den Worten dumm, faul, hinterfotzig, gefräßig und versoffen."<sup>20</sup>

## 2. *Die deutschen Führungskräfte*

Damit komme ich zu einem weiteren Aspekt, den ich an dieser Stelle hervorheben möchte. Häufig wurde die Brutalität und das Scheitern deutscher Besatzungspolitik in Osteuropa auch auf das angeblich unfähige Personal und die schlechte Organisation in den deutschen Besatzungsverwaltungen zurückgeführt.<sup>21</sup> Die eben zitierte Meinung des Leiters der Zivilverwaltung in Kaunas über die angeblichen Eigenschaften der Litauer ist ja ein Indiz für die primitive und dumme Brutalität eines Teils dieser deutschen Männer. In historischer Hinsicht scheint mir das zu erklärende Phänomen allerdings viel eher in der Frage zu liegen, warum die deutsche Besatzungsherrschaft so furchtbar erfolgreich war. Stellt man in Rechnung, daß es - gemessen an dem deutschen Anspruch der totalen Kontrolle und Ausbeutung der besetzten Gebiete - viel zu wenig Personal in fast allen Bereichen gab und die Strukturen tatsächlich oft unübersichtlich waren, so überrascht eigentlich viel mehr, wie es in Litauen "gelingen" konnte, etwa eine halbe Million Menschen zu ermorden, die Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie weitgehend zu plündern und auf diese Weise erheblich zur Kriegführung der Deutschen beizutragen. Die Kollaboration der litauischen Bevölkerung spielte dabei sicher eine Rolle, aber mir kommt es hier auf etwas anderes an. Betrachtet man die Zusammensetzung des deutschen Personals genauer, stellt man nämlich fest, daß es sich sehr wohl jeweils um Fachleute gehandelt hat, die in ihren jeweiligen Funktionen durchaus eine hohe Kompetenz hatten und entwickelten. Darüber sollte der oft drastische, abstoßende Ton der deutschen "Herrenmenschen" nicht hinwegtäuschen.

---

<sup>20</sup> Brief Cramers am 26. Mai 1944 an SA-Hauptsturmführer Press in München, Berlin Document Center (BDC), Personalakte Hans Cramer.

<sup>21</sup> Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958, S. 682.

Im folgenden möchte ich auf einige Personen hinweisen, die Schlüsselpositionen innehatten, die für das Funktionieren der deutschen Besatzungsherrschaft in Litauen unerlässlich waren, Personen, die die Sprachen beherrschten und die Verhältnisse im Lande kannten.

Der 1897 geborene Baltendeutsche Adrian von Renteln war als Generalkommissar die höchste politische Instanz in Litauen. Im Baltikum aufgewachsen, war er nach dem Ersten Weltkrieg mit den deutschen Truppen ins Reich zurückgegangen<sup>22</sup>. Nach dem Studium von Nationalökonomie und Jura war er schon 1928 in die Partei eingetreten, 1931-1932 Reichsführer der Hitlerjugend, 1932-1933 Führer des NS-Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes (NS-Hago), und von 1933-1935 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages. Als solcher organisierte er maßgeblich die Kampagnen gegen die jüdischen Warenhäuser im deutschen Reich mit. Er war einer der Experten der NSDAP für die Belange des Mittelstandes, vor allem im Handwerk, im Handel und in genossenschaftlichen Organisationsformen.

Nicht nur seine baltendeutsche Herkunft qualifizierte ihn für eine Tätigkeit als Generalkommissar, sondern eben auch seine Erfahrungen als Funktionär mittelständischer Organisationsformen. Von daher erschien er Rosenberg, den er vom inneren Kreis der Nordischen Gesellschaft her kannte, als ein Mann, der die Wirtschaftspolitik im sich langsam modernisierenden Litauen im nationalsozialistischen Sinne lenken konnte. Obwohl Reichskommissar Lohse und auch die Führungsspitze der SS wiederholt Versuche unternahm, von Renteln von seinem Posten zu entfernen, gelang dies nicht, was auf seine relative Stärke im Geflecht der deutschen Herrschaft im Osten verweist.<sup>23</sup> Nach dem Krieg flüchtete er wahrscheinlich nach Südamerika und

---

<sup>22</sup> Die Informationen zu von Renteln und allen weiterhin erwähnten Personen stammen aus den Unterlagen im BDC, soweit nicht anders angegeben. Zu von Renteln vgl. auch Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969, S. 208-211.

<sup>23</sup> Zu Konflikten mit Lohse vgl. die Briefwechsel im November 1941, BA R 6/25. Zum Bestreben im September 1943 seitens der Reichsführung SS, von Renteln zu versetzen, siehe Brief von Brandt an Berger betr.: Lage in Litauen. BA, NS 19/1731, Bl. 29.



lebte dort unter falschem Namen. Näheres ist darüber leider nicht bekannt.

In seine Verwaltung holte sich von Renteln zum einen Mitarbeiter, die er aus den mittelständischen Organisationen des Reiches kannte, zum anderen Mitarbeiter, denen Litauen und seine Wirtschaft vertraut waren. Der 1903 geborene Went von der Ropp war persönlicher Referent des Generalkommissars und zunächst Leiter der Abt. II b Arbeit und Sozialpolitik, bevor er Leiter des von der Zivilverwaltung eingerichteten Siedlungsreferates wurde. Er war seit 1934 am Aufbau des landwirtschaftlichen Ringwesens in Litauen beteiligt und Mitglied des Wirtschaftsrates für den bäuerlichen Sektor. 1938 hat ihn der Präsident des Kulturverbandes Oskar von Reichardt mit dem Aufbau der litauendeutschen "Mannschaft" beauftragt - einer 1941 1 000 Mann starken Truppe und "Organisation für alle Zwecke", wie es in seiner Parteiakte steht. Von der Ropp wurde dann Reichardts Stellvertreter für weltanschauliche Schulung. Die Jugendarbeit wurde ihm unterstellt. Von der Ropp war also ebenso wie von Renteln ein in Schulungs- und Wirtschaftsfragen versierter Mann, was ihn zu einem der wichtigsten "landeskundigen Berater" wie es hieß, des Generalkommissars machte.

Der 1907 geborene Richard Kossmann, war ebenso wie von der Ropp 1941 in die NSDAP und die SS eingetreten. Er war Geschäftsträger des Kulturverbandes der Litauendeutschen gewesen und wurde unter von Renteln Referent für Volkstumsfragen, wobei er für die Zusammenarbeit des Ansiedlungsstabes mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD verantwortlich war. Er bearbeitete verantwortlich alle im Zug der Umsiedlung auftretenden Volkstumsfragen und äußert sich gutachterlich zu sämtlichen Gesuchen, die mit der Umsiedlung bzw. Rückkehr zusammenhängen. Er hatte als Agent für den SD Tilsit vor der deutschen Besetzung 1941 gearbeitet. In seiner Parteiakte heißt es, daß unter ihm als dem tatsächlichen Leiter des Kulturverbandes dieser zu einer umfassenden Volkstumsorganisation geworden sei. Über ihn seien die meisten Verbindungen Deutschland gelaufen.

Ohne Leute wie von der Ropp und Kossmann, aber auch Thiess von der Recke, der im politischen Referat arbeitete, Richard von Staden, der die Erfassung der wirtschaftlichen Produkte federführend leitete oder Baron Hans von Grotthus, dem Sachbearbeiter für agrarpolitische Fragen, ist die Praxis deutscher Politik in Litauen sehr schwer vorstellbar. Wie oben schon angedeutet, war diese Gruppe der sogenannten Baltendeutschen so stark, daß wiederholte Versuche der vorgeetzten politischen Führung wie der SS, sie zu entmachten, scheiterten. Sie bestimmten auch unter anderem das Siedlungskonzept zur Neuansiedlung der Litauendeutschen 1942/43 und setzten sich damit gegen die Planungen aus den zuständigen Ämtern der SS durch.

Bis Anfang Oktober 1941 - somit der Zeit der Massenmorde - war der oben schon erwähnte 1901 geborene Werner Essen Leiter der Abteilung Politik. Er war einer der ausgewiesenen Kenner Litauens und zentral daran beteiligt, die litauischen staatlichen Bestrebungen zurückzudrängen und lediglich eine von den Deutschen abhängige sogenannte Selbstverwaltung zuzulassen. Essen ging dann im Oktober 1941 unter noch nicht ganz geklärten Umständen nach Riga und wurde dort Leiter der Raumordnungsabteilung des Reichskommissariates, die an den planerischen Grundlagen für die Umsetzung des berichtigten Generalplans Ost konkret mitarbeitete.

Essen gehörte zu der Gruppe, die vor allem durch Oberländer bekannt geworden ist, die nach Stalingrad in mehreren Denkschriften für einen gemäßigeren Kurs deutscher Politik im Osten besonders gegenüber den einheimischen Verwaltungen plädierten. Im Oktober 1941 jedoch hatte er selber eine harte Linie gegenüber der litauischen Selbstverwaltung vertreten, wie u.a. aus einem Brief von ihm an Minister Rosenberg hervorgeht.<sup>24</sup>

Um sich gegen den Vorwurf zu wehren, er sei zu weich für die Politik und besser geeignet für die Wissenschaft, beschrieb er am 12. Oktober 1941 seine politische Laufbahn als Kämpfer für die Nationalsozialisten. Als Freikorpskämpfer war er sowohl bei den Kämpfen gegen Spartakus in Berlin und Hamburg dabei, wirkte beim Kapp-Putsch

---

<sup>24</sup> Brief von Essen an Rosenberg vom 12.10.1941, Sonderarchiv Moskau 504-2-29.

mit, war 1921 freiwillig in der Sturmkompanie von Killinger in Anna-berg und rühmte sich des Ruhrkampfes und der Mitgliedschaft in der schwarzen Reichswehr. 1926 bis 1932 sei er mit Unterbrechung 3 Jahre in Litauen gewesen und habe über die ländlichen Siedlungen und die Bevölkerungsverhältnisse dort geschrieben<sup>25</sup>, die deutsche Volksgruppe dort betreut und engen Kontakt mit Rosenberg, dem künftigen Landwirtschaftsminister Darré und dem späteren Gauleiter von Ostpreußen Erich Koch gehalten. Dies sei solange gegangen, bis die Litauer und die deutsche Gesandtschaft merkten, daß er Nationalsozialist gewesen sei. Die Litauer hätten mit den Rufen: "Hinaus mit den Hitlerleuten aus Litauen" die deutsche Buchhandlung in Kaunas gestürmt und seine Bücher auf der Hauptstraße verbrannt. Von 1933 bis 1941 war Essen im Innenministerium als Ost- und Volkstumsreferent in der Volkstumsabteilung. Bei dieser Vergangenheit dürfte sich der Vorwurf - so Essen - nicht genügend politisch oder zu weich zu sein, von selbst erübrigen. Hinsichtlich seines Verhaltens gegenüber litauischen Politikern schrieb er: "Mir wird vorgeworfen, ich hätte mehrfach bei litauischen Generalräten, einmal eine halbe Stunde, im Vorzimmer gewartet. Dies ist eine völlig haltlose Behauptung, nachweisbar ist das Gegenteil der Fall. Ich habe alle Generalräte immer zu mir gebeten und zum Teil sogar länger als eine halbe Stunde warten lassen."

Bei Essen ist die Kombination von Expertentum und nationalsozialistischer Überzeugung zu finden, die viele deutsche Politiker in Litauen auszeichnete. Nur kurz gestreift sei hier, daß auch die Stadt- und Gebietskommissare wie etwa Hans Gewecke oder Hans Cramer beide Eigenschaften vereinigten, sie waren erfahrene Kommunalpolitiker und überzeugte Weltanschauungskrieger zugleich.<sup>26</sup>

---

<sup>25</sup> Werner Essen, Die ländlichen Siedlungen in Litauen mit besonderer Berücksichtigung ihrer Bevölkerungsverhältnisse, Text und Atlasband, Leipzig 1931.

<sup>26</sup> Gewecke war Landrat aus Mölln und langjähriger Freund von Reichskommissar Hinrich Lohse. Cramer war schon als Bürgermeister von Dachau und 1939/40 in den annektierten Ostgebieten, in Leslau, als politischer Beamter aktiv gewesen.

Etwas anders gelagert sind die Verhältnisse bei der Sicherheitspolizei und dem SD. Dort sind in den mörderischen ersten vier Monaten vor allem junge, aufstrebende SS-Männer zu finden, die ihr Pendant in der Zivilverwaltung in den sogenannten Ordensjunkern hatten. Diese jungen "politischen Soldaten" ließen sich an Radikalität gepaart mit rassistischer "Sachlichkeit" kaum überbieten.<sup>27</sup> Als Beispiele seien hier einige Abteilungsleiter der Polizeidienststellen und Einsatzkommandos genannt wie der Stellvertreter des berüchtigten Karl Jägers, Gustav Grauer (geb. 1909), der Leiter eines mobilen Mordkommandos Joachim Hamann (geb. 1913), Gerd Kortkamp (geb. 1912), Erich Wolff (geb. 1912) und Peter Eisenbarth (geb. 1911), die alle von der SS-Führer-Ausbildung aus Berlin nach Litauen kamen.

Der Polizeiapparat war natürlich ebenfalls wie die Zivilverwaltung auf Landeskenner angewiesen, wollte er seine Aufgaben erfüllen. Besonders plastisch wird dies an der Person von Richard Schweizer aus Kybartai, der auch in der Vorbereitung der deutschen Besatzungspolitik an wichtigen Stellen aktiv war. 1910 geboren, war er seit 1930 im deutschen Kulturverband und arbeitete dort seit 1935 hauptamtlich als Leiter des Handwerkeramtes. Spätestens seit 1934 war er für den nationalsozialistischen Sicherheitsdienst Tilsit und den militärischen Auslandsnachrichtendienst tätig. Er habe - so sein Vorgesetzter während des Krieges in Litauen, der Gestapochef Heinrich Schmitz, von Eydtkau aus "schon vor Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion ein zuverlässig funktionierendes Netz von Helfern im Grenzgebiet hergestellt, das für die Durchschleusung von deutschen Agenten in beiden Richtungen von Bedeutung war". Er organisierte dann 1940 die Flucht von Deutschen und Litauern nach Deutschland. Nach 1941 war der SD-Mann Schweizer derjenige im Einsatzkommando 3, bzw. beim Kommandeur der Sicherheitspolizei, der die litauischen Agenten für die Deutschen führte. Im weiteren Verlauf war er dann verantwortlich

---

<sup>27</sup> Vgl. zu diesem zentralen Typus von NS-Tätern Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989; und Ders., "Generation der Sachlichkeit". Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre. In: Ders., Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1995, S. 31-58.

für die Bekämpfung der litauischen Widerstandsbewegung. Er machte die Verhöre und hielt Kontakt zu den Agenten innerhalb der litauischen Widerstandsgruppen.

Männer wie Richard Schweizer und seine Mitarbeiter im deutschen SD in Kaunas, der 1906 geborene Dr. Alfons Scholz oder auch Prof. Karl Fulst, die seit den dreißiger Jahren bereits für die deutsche Sicherheitspolizei von Litauen aus arbeiteten, haben ihren Anteil an der Verantwortung für die furchtbare deutsche Effizienz, ebenso wie die beispielhaft erwähnten übrigen Politiker, Wissenschaftler und Polizisten. Es finden sich in den verschiedenen deutschen Instanzen des Besatzungsapparates in Litauen viele Personen, die jeweils durchaus kompetent waren, und dieser Umstand hat gerade nicht verhindert, daß sie in unterschiedlichem Maße in die furchtbaren Folgen deutscher Politik in Litauen involviert waren.

Die hier vorgestellten Überlegungen zur notwendigen starken regionalen und zeitlichen Differenzierung bei der Untersuchung der antijüdischen Politik, der wesentlich breiteren Verantwortung für die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen als bisher angenommen, der sehr viel stärkeren Verschränkung unterschiedlicher rassistischer und kriegswirtschaftlicher Motive sowie die hier nur kurzen Hinweise auf die Beteiligung von gut ausgebildeten Fachleuten an der deutschen Besatzungspolitik lassen die Antworten auf die eingangs angesprochene Fragestellung nach dem Wie und Warum des historischen Prozesses, der schließlich in Litauen das Leben von fast einer halben Million Menschen kostete, nicht einfacher werden. Offene Fragen sind aber vielleicht besser als vorschnell gegebene simplifizierende Antworten.